

Karlsruher Appell für eine Gesellschaft ohne Prostitution, Nov. 2013

Angesichts der jahrelangen stagnierenden politischen Debatten, die in keiner Weise den verheerenden Entwicklungen in der Prostitution gerecht werden, angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen bezüglich einer Forderung nach einer Gesellschaft ohne Prostitution und angesichts der Tatsache, dass bisher keine Partei die täglich und zunehmend stattfindenden Menschenrechtsverletzungen in der Prostitution beendet hat, fordern wir

- Die Bereitschaft aller politischen Akteure, sich für eine Gesellschaft ohne Prostitution einzusetzen
- Regulierung der Prostitution als sozialverträgliche Übergangslösung mit dem langfristigen Ziel einer Gesellschaft ohne Prostitution
- Langfristig die Bestrafung von Menschen, die Männer und Frauen für sexuelle Handlungen „kaufen“
- Aktive Aufklärung über Prostitution in den Schulen
- Aktive Aufklärung über Prostitution in den möglichen Herkunftsländern

Das ProstG, verabschiedet am 19. Oktober 2001 von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PDS und FDP, hat die Prostitution vom Stigma der Sittenwidrigkeit befreit und eine Rechtssituation geschaffen, die es Männern wie Frauen im Prostitutionsgewerbe ermöglicht, im Rahmen ihrer Tätigkeit eine Sozialversicherung und rechtsgültige Verträge abzuschließen und weitestgehend frei bestimmt zu arbeiten.

Das Gesetz sollte mit der Doppelmoral Schluss machen, Prostitution in die öffentliche Diskussion bringen und die gesellschaftliche Akzeptanz sowie die Arbeitsumstände der SexarbeiterInnen verbessern. Diese Intentionen waren gut, sie waren mutig und werden von niemandem in Frage gestellt. Ohne dieses Gesetz wäre es undenkbar, dass Bordellbetreiber in Talkshows freimütig entlarvende Einblicke in ihr Business gewähren. Die Lebensrealität vieler Frauen und Männer, die sich prostituieren wäre uns gleichgültig, weil wir nicht darüber reden würden.

Heute, 12 Jahr später wissen wir aber auch, dass sich die Lebenssituation der Zielgruppe nicht verbessert hat. Die Preise fallen, die liberale Gesetzgebung und der Zuzug von Menschen aus ärmeren Ländern macht Deutschland zu einem Eldorado für Menschenhändler, Bordellbetreiber und Zuhälterinnen. Dass wir in einem Europa der offenen Grenzen leben würden, war bekannt. Es war nur eine Frage der Zeit, wann die Liberalisierung und Armutsprostitution Deutschland zu einem favorisierten innereuropäischen Ziel für Sextouristen machen würde. Trotz aller Kritik: Dass die Liberalisierung einen ungestörten Handel in der Prostitution ermöglicht, ist nicht alleine dem Gesetz geschuldet, sondern der Untätigkeit *aller* nachfolgenden Regierungen. Jahre sind vergangen, die Kassen der Nutznießer, zu denen aufgrund der Steuereinnahmen wir alle gehören, haben sich gefüllt. Die menschenunwürdigen Zustände für viele Frauen und Männer, mit katastrophalen Folgen für Körper und Seele, von denen immer nur am Rande die Rede ist, haben sich verschärft.

Das Gesetz hat aber nicht nur eine Tür für Debatten aufgestoßen, sondern den Status des Gewerbes in der Gesellschaft insgesamt verändert. Was von Gesetzes wegen legalisiert ist, kann nicht falsch sein – in diesem Bewusstsein nehmen viele Männer täglich ihr „Recht auf bezahlten

Sex“ wahr. Der Freier ist gesellschaftlich anerkannt. Es gilt längst nicht mehr als armselig, sich eine Frau zu kaufen sondern in manchen Kreisen als cool, manche Großbordelle genießen Kultstatus. Trotzdem wird die Ausübung der Prostitution nach wie vor einer prekären entscheidungsunfähigen Randgruppe zugeordnet. Schenkt man Berichten der StreetworkerInnen Glauben, findet sie nach wie vor in einem Milieu statt, das sich dem Blick der Öffentlichkeit entzieht und zu großen Teilen bestimmt wird von Drogen, Gewalt und Ausweglosigkeit. Diese paradoxe Situation scheint auf Seiten der Freier, einer Gruppe, die bisher nicht zur Verantwortung gezogen wird, niemanden zu stören. Die mediale Präsenz der Nutznießer („Wir haben eine Frauenbeauftragte in unserem Club, die Frauen sind alle freiwillig hier“) und die selbstbewusste Haltung der Hurenorganisationen, überstrahlen in diesem lukrativen Geschäft die prekäre Situation vieler SexarbeiterInnen.

Die Hurenorganisationen verhalten sich in der gesamten Debatte defensiv. Sie sind gut organisiert und verteidigen vehement und mit professioneller medialer Präsenz die Interessen ihrer Mitglieder. Ihre Botschaft lautet, stark verkürzt, dass die Gründe, in der Prostitution zu arbeiten vielschichtig sind. Dass es Menschen gibt, die, obwohl sie andere berufliche Optionen gehabt hätten, ihren Körper selbstbestimmt und freiwillig verkaufen. Menschen, die sich darüber im Klaren sind, was es bedeutet, als Prostituierte zu arbeiten, die damit gut umgehen können und sich eine Existenz geschaffen haben. Menschen, die diese Arbeit sehr ernst nehmen, professionelle Beziehungen auf Augenhöhe zu ihren Kunden aufgebaut haben und ihre Arbeit gerne machen.

Diese persönlichen Entscheidungen sollen im Rahmen der Debatte weder in Frage gestellt noch abgewertet werden. Sexworker sind nach eigenen Angaben mündige BürgerInnen, die sich bewusst dafür entschieden haben, in der Prostitution zu arbeiten. Es ist ihr Recht, für ihre Interessen einzutreten.

Nach allem was uns heute an Zahlenmaterial vorliegt, stellt die Gruppe der nicht von Ausbeutung Betroffenen SexarbeiterInnen jedoch eine Minderheit dar. Die Zahlen schwanken zwischen 5% und 10%. Diese, wie auch andere Zahlen sind tatsächlich strittig. Tatsache ist: viel zu viele Menschen müssen sich widerwillig prostituieren und jede/r einzelne von ihnen ist einer zu viel. Jede Frau, jeder Mann, jedes Kind hat ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung – das ist ein universelles Menschenrecht. Einen Anspruch auf Sex oder gar ein Recht auf Sex gibt es nicht.

Über die Abgrenzung von Prostitution (akzeptabel) und Zwangsprostitution (inakzeptabel) wird erbittert gestritten. Aber auch die unklaren, teils rückläufigen Zahlen im Bereich der Strafverfahren wegen Menschenhandel können nicht als „Beweis“ dafür herhalten, dass sich die Situation insgesamt verbessert hat. Vielmehr werden sie in vielen Quellen darauf zurückgeführt, dass sich aufgrund der derzeitigen Abschiebep Praxis und unzureichender Zeugenschutzmaßnahmen nur wenige Opfer bereit erklären, gegen ihre Peiniger auszusagen.

Tatsache ist, dass Menschen in der Prostitution mehrheitlich einem System ausgeliefert sind, das ihre Integrität zerstört, der Übereinstimmung ihrer persönlichen Wertvorstellungen und dem, was sie tagtäglich körperlich erfahren. Die *Liebe zur Intimität*, auf die sich die männlichen Autoren im Text „343 Salauds“ berufen, offenbart einen Widerspruch und den Zynismus dieses Appells: Zugriff auf Intimität hat der, der zahlt. Es lässt sich lässig mit solchen Begriffen umgehen – sofern sie einen nicht persönlich betreffen. Niemand, der sich nicht bereits selber prostituiert hat, hat das Recht die Verletzung der Integrität und ihre fatalen Folgen zu verharmlosen. Die meisten Prostituierten möchten übrigens nicht, dass ihre Söhne oder Töchter ebenfalls im Gewerbe arbeiten. Sie werden ihre Gründe haben.

Es geht um wenige Profiteure und um viele prekäre Einzelschicksale. Und es geht um die Frage: Wie können wir als den Menschenrechten verpflichtete Gesellschaft mit der Prostitution, einem von Machismus und Ausbeutung geprägten System umgehen? Einem System, das menschliche Beziehungen ökonomisiert und mehr Verliererinnen als Gewinner produziert. Einem System mit extrem ungleichen Machtverhältnissen und einer bis an die Schmerzgrenze reichenden Benachteiligung von Frauen und Menschen in prekären Situationen. Auch wenn es so scheint, als ob zukünftig alles gesetzlich geregelt werden könne, kommen wir um eine grundsätzliche Wertedebatte nicht herum: Das Bereitstellen von Kondomen und frischen Handtüchern macht aus Prostitution noch lange kein harmloses Geschäft.

Die Empörung ist allseits groß, wenn Märkte sich verselbständigen und prekäre Arbeitsbedingungen produzieren. Genau das aber findet tagtäglich in der Prostitution statt und zwar nach den gleichen ökonomischen Gesetzen, nach denen andere Dienstleistungen zu Flatratetarifen angeboten werden.

Warum sollte es angesichts dieser Entwicklung nicht möglich sein, auch in Deutschland die Abschaffung der Prostitution zu fordern? Viele Gesetze haben Veränderungen ermöglicht, die Jahre zuvor als politisch nicht durchsetzbar gegolten hätten, sei es die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe oder der Platzverweis bei häuslicher Gewalt. Warum jetzt diese Mutlosigkeit angesichts der täglichen Menschenrechtsverletzungen vor unserer Haustür? Warum dieses Festklammern an der Lebenslüge der guten, weil freiwilligen Prostitution? Und warum die Abkehr von allen emanzipatorischen Forderungen, die unter dem Druck der Hurenlobby und aus einem falsch verstandenen Freiheitsbegriff zur Verhandlungsmasse geworden sind?

Das Ziel einer Gesellschaft ohne Prostitution ist nicht, Prostituierte zu kriminalisieren, sondern ein Klima zu schaffen in dem der Kauf von Menschen nicht zur selbstverständlichen Handlungsoption wird. Auch das Argument, dass Prostituierten die Existenzgrundlage entzogen würde, greift nicht. Mit dem Fernziel des Abolitionismus sollten sich in einer sozialen Marktwirtschaft Bestandsrechte für Prostituierte sichern und Übergangslösungen erarbeiten lassen. Eine vergleichsweise kleine Interessensgruppe darf aber nicht verhindern, dass die sexuelle Ausbeutung unter menschenunwürdigen Umständen in großem Umfang beendet wird.

Ein weiteres Argument lautet: Prostitution würde weiter stattfinden, aber ins Dunkelfeld gedrängt mit schlimmen Konsequenzen für die Frauen. Bereits jetzt, im Zustand der Liberalisierung haben wir Konsequenzen, die verheerender kaum sein könnten. Niemand käme aber auf die Idee, Sklaverei wieder zu dulden, nur weil sie in Form von ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen auch heute noch – sogar in Deutschland – stattfindet.

Wie sich die massenhaft geduldete sexuelle Ausbeutung von mehrheitlich Frauen, mit der im Grundgesetz verankerten Aufgabe des Staates, die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern aktiv zu fördern verträgt, ist eine weitere nicht geklärte Frage.

Ulrike Maier · Dr. phil. Ingeborg Kraus · Karlsruhe · 3. November 2013